„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

20. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 9. Februar 1927. | 16 Seiten | Nummer 14.

Premier Gardiner über liberale Prinzipien

Anerkennung für den Weizenpool.

Gruppenidee in der Politik abgelehnt

Regina. — Auf einem Bankett, welches im Saale der Trading Company zu Regina gegeben wurde, hielt Premier Gardiner von Saskatchewan eine Rede, in der er sich unter anderem auch mit dem Weizenpool befaßte. Er wendete sich auf Aaron Sapiro, der die Forderung aufgestellt hat, daß der Weizenpool sich von jeder politischen Beeinflussung fernhalten muß. Der Pool habe mehr als alles andere die landwirtschaftlichen Verhältnisse der Provinz stabilisiert.

„Die Regierung," so fuhr der Redner wörtlich fort, „hält den Pool für eine der bedeutendsten Stellen, welche in dieser Provinz segensreich gewirkt haben. Er ist eine jener Organisationen, welche von der Opposition ihrer natürlichen Gegner gedeihen. Wenn er jemals einen Fehlschlag erleidet, wird die Zersetzung von innen heraus kommen, nicht infolge einer wirtschaftlichen Schwäche der Vermarktungsmethode, sondern infolge der in den Reihen der Kontraktzeichner entstandenen Meinungsverschiedenheiten, die sich auf dem Pool fernliegende Angelegenheiten beziehen, und namentlich auf solche, welche das menschliche Empfinden stark erregen.

„Der Weizenpool hat in der Regierung unserer Provinz einen seiner besten Freunde. Seitdem ich Premier und namentlich seitdem ich Provinzialschatzmeister bin, bin ich zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Pool die großen Finanzorganisationen der Provinz, die Geschäfts- und Finanzhäuser zu seinen Freunden rechnen darf. Warum sollte er sie nicht zu Freunden haben? Er hat die Landwirtschaft und das Finanzwesen stabilisiert. Er hat uns zur Selbsthilfe gebracht, während wir sonst auf andere angewiesen waren.

„Die Farmer der ganzen Welt sind daran gewöhnt gewesen, die in einem Jahr gedronnene Ernte in den Monaten des darauffolgenden Jahres zu vermarkten und es war nicht nötig für sie, Bankkredit in Anspruch zu nehmen, wie das bei uns in Saskatchewan der Fall war. Infolge der weiten Entfernungen zwischen uns und dem Markt für unsere Produkte und infolge der klimatischen Verhältnisse, unter denen wir harten No. 1 Weizen zu bauen suchen, sind wir gezwungen gewesen, unsere Ernte innerhalb von drei Monaten zu vermarkten.

„Unter dem Weizenpoolsystem erhalten wir einen Teil unseres Geldes im Herbst, eine weitere Zahlung im März und eine weitere im Juli, und mit dieser Methode regeln wir unsere Finanzwirtschaft auf Grund der im letzten Jahr gedronnenen Ernte.

„Der Weizenpool hat in Westcanada das getan, was andere Farmer in jedem anderen Lande für sich getan haben. Die Regierung sollte hinter der Bewegung stehen und dafür sorgen, daß sie eine angemessene Probezeit erhält, bis sie sich als die geeignete Vermarktungsmethode in Westcanada erwiesen hat."

Sehr eingehend befaßte sich Premier Gardiner auch mit der Idee des Klassensystems an Stelle des Parteisystems bei Verwaltung der Provinz. Er schilderte die großartige Entwicklung von Saskatchewan unter Leitung der liberalen Partei und unter den bisherigen Premiers Walter Scott, Wm. Martin und Chas. A. Dunning und legte dann die Idee des Gruppensystems (oder Klassensystems) dar. Nach Ansicht der Verfechter dieser Regierungsmethode gibt es innerhalb der betreffenden Gruppe oder Klasse keine Meinungsverschiedenheit über das, was der Klasse von Nutzen ist. Sie treten dafür ein, daß die Farmer sich zusammenschließen und für ihren wirtschaftlichen Vorteil kämpfen sollen. Die Finanzleute, die Fabrikanten, die Holzhändler, die Fischer, die Bergleute und andere sollten dasselbe tun. Wenn sie bei einer Wahl in offenem Kampf ihre Sache entschieden haben, soll eine Regierung gebildet werden, die sich aus den Vertretern jeder Gruppe zusammensetzt. Beim Parteisystem entwerfen wir politische Richtlinien, welche allen wirtschaftlichen und sonstigen Interessen in gleicher Weise dienen. Wir unterbreiten diese Richtlinien der Wählerschaft und wenn wir eine Mehrheit erringen, berufen wir Vertreter aus allen Ständen, die an die gemeinsamen politischen Grundsätze glauben, sich um den Kabinettstisch versammeln und Mittel und Wege zur Ausführung dieser Politik ersinnen. Die Idee der Wirtschaftsgruppen ist zu engherzig, als daß sie als Grundlage für den Aufbau einer Regierung benützt werden könnte. Canada sollte sein Geburtsrecht nicht um ein Linsenmus verkaufen. Wir dürfen nicht so materialistisch denken, daß wir nur wirtschaftliche Dinge als wesentlich betrachten. Die Politik einer Organisation, welche eine Regierung bilden will, muß sich über separate Wirtschaftsgruppen hinaus erstrecken und alle zusammenfassen, welche zu einer Gemeinde, einer Provinz oder einer Nation gehören. Nehmen wir an, wir würden in einer Welt leben, die nur aus Farmern oder nur aus Kaufleuten oder nur aus Finanzleuten besteht. Wenn man sich nicht in eine solche Lage hineinversetzen kann, dann stelle man sich eine Gemeinschaft vor, wo ein tüchtiger Kampf im Gange ist, um sich gegen die Vernichtung durch alle anderen zu schützen. Unter dem wirtschaftlichen Gruppensystem müssen wir alle Mitglieder der herrschenden Wirtschaftsgruppe werden oder uns einem Zustand unterwerfen, der den dauernden Kampf aller gegen alle zur Folge hat.

Premier Gardiner verwies darauf, daß nach einigen Zeitungsmeldungen Premier Bracken von Manitoba, Premier Brownlee von Alberta, F. B. Wood, der Führer der Ver. Farmer von Alberta, und vielleicht auch die progressive Abgeordnete Agnes McPhail nach Saskatchewan gebracht werden sollten, um die neue Lehre zu verkünden. Der Redner bezweifelte die Richtigkeit dieser Meldung und vertrat die Auffassung, daß sie in Saskatchewan keinen großen Anklang finden würde. Auch mit Irvine, dem Abgeordneten für Wetaskiwin, der besonders stark die Gruppenidee verfolgt, rechnete der Redner ab.

Dann verkündigte Premier Gardiner die Grundsätze des Liberalismus, die er folgendermaßen darlegte:

1. Kein Kompromiß mit jenen, die in nationalen oder provinzialen Fra-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Mackenzie King und die Reichskonferenz

Canadischer Premier über die Rechte der Minderheiten

Die Autonomie der Dominions.

Toronto, Ont. — Auf einem Bankett, das zu Ehren des Premierministers Mackenzie King in Toronto gehalten wurde, sprach unter anderem auch Justizminister Hon. Ernest Lapointe, der mit Premier King an der britischen Reichskonferenz in London teilgenommen hat. Lapointe betonte, wenn Canada erwähnt und als autonome Nation bezeichnet werde, so sei es das Canada, wie es heute besteht, es sei Canada, eine Konföderation, zusammengesetzt aus neun Provinzen, die ihre eigene legislative Sphäre und ihre eigene Verwaltung hätten, und über ihnen stehe das Parlament von Canada als eigene Körperschaft. Infolge der Reichskonferenz sei die Konföderation nicht geändert worden.

Lapointe erklärte ferner, er könne nicht begreifen, wie man zu der Behauptung komme, daß die Autonomie größere militärische Pflichten in sich schließen. Autonomie bedeute Selbstverwaltung in jeder Beziehung. Wenn es sich um Fragen der Verteidigung oder um andere Dinge handele, so sei es die Sache des canadischen Parlaments, darüber zu entscheiden. Daher würden auch hervorragende Besucher unseres Landes besser daran tun, wenn sie sich einer Beratung der canadischen Bevölkerung enthalten würden, da sie selbst wohl wisse, wie sie ihre eigene Sache zu leiten habe.

Der weitere Redner, Premier Mackenzie King, betonte, daß auf der Reichskonferenz in London nichts geschehen ist, was irgendeine Provinz oder irgendeine Person eines Rechtes berauben könnte, dessen sie sich unter dem British North America Act erfreue. Canada sei auf der Reichskonferenz nur eine der verschiedenen Dominions gewesen, und infolgedessen sei nur der canadische Standpunkt zum Ausdruck gebracht worden.

Die Tagesordnung der Reichskonferenz sei nicht von einer Regierung allein festgelegt worden. „Wir glaubten," so fuhr der Redner fort, „lange bevor wir nach England abfuhren, daß Canada eine sich selbst regierende Gemeinschaft innerhalb des britischen Reiches sei, sich vollständiger Autonomie erfreue und hinsichtlich seiner inneren oder äußeren Angelegenheiten keinem anderen Teil des Reiches unterworfen sei. Wir hatten daher gegen die Erklärung der Autonomie keinen Einspruch zu erheben. Aber andere Teile des Reiches, die noch nicht so lange als selbstverwaltende Dominions organisiert sind, waren sich hinsichtlich ihres Status nicht so klar und es kam mitunter zu Konflikten mit der Theorie einer Reichsregierung."

King bemerkte, er sei noch niemals so überrascht gewesen wie damals, als er im Parlament von den Lippen des neuen Führers der Opposition gehört habe, daß durch die Entscheidungen der Reichskonferenz die Rechte der Minderheiten unter dem British North America Act geschädigt worden seien. Guthrie, der konservative Führer, hätte sich wenigstens sagen sollen, daß die Rechte der Minderheiten in den Händen des Justizministers Lapointe, der selbst aus Quebec stammt, gut aufgehoben seien. Diese Rechte seien heute noch ebenso heilig und unantastbar wie unter jeder anderen Regierung in Canada und kein einziger Paragraph der Verfassung werde aufgehoben. Die Konstitution Canadas sei in keiner Weise geändert worden. Man habe in London lediglich darüber beraten, inwieweit die Londoner Regierung in die Exekutive oder Legislative der Dominions eingreifen würde. Es wurde anerkannt, daß infolge der autonomen Entwicklung einige Praktiken der Vergangenheit heute keine Gültigkeit mehr haben können. Als Ueberbleibsel einer früheren Ordnung können sie heute nur noch verkehrte Eindrücke erwecken und bedürfen einer autoritativen Auslegung.

Was die Beziehungen zwischen Großbritannien und den größeren Dominions angehe, so dürfte der Austausch von direkten Vertretern manche Mißverständnisse beseitigen und Schwierigkeiten unmöglich machen.

Die Reichskonferenz habe hinsichtlich der verfassungsmäßigen Stellung Großbritanniens und der Dominions nichts Neues geschaffen, sondern nur die grundlegenden Prinzipien dargelegt, auf denen das Reich beruhe.

Bier-Referendum in Manitoba

Thronrede in der Legislatur behandelt Naturwerte und Arbeitslosigkeit

Baldige Vollendung der Hudson Bay-Bahn gefordert.

Winnipeg. — Die Legislatur von Manitoba wurde von dem Leutnant-Gouverneur mit einer Thronrede eröffnet, deren Hauptpunkt die Verpflichtung der Bracken-Regierung zu einem Referendum ist, das eine Aenderung der Alkoholgesetze der Provinz hinsichtlich des Bierverkaufs zum Zwecke hat. Zugleich sind Abänderungsvorschläge angekündigt, welche die Kontrolle über den Verkauf von berauschenden Getränken wirksamer gestalten sollen.

Die Rede sieht ferner Verbesserungen in bestehenden Steuergesetzen vor, sodaß beträchtliche Steuerermäßigungen eintreten können. Weiterhin soll das Gesetz über die legislative Versammlung so ausgebaut werden, daß ein Abgeordneter, der für eine Kabinettsstellung ernannt worden ist, nicht noch einmal in seinem Wahlkreis um Wiederwahl nachsuchen muß.

Aus dem weiteren Inhalt der Thronrede ist bemerkenswert, daß die Provinzialregierung infolge von Verhandlungen mit der Dominionregierung erreicht hat, daß die Ansprüche Manitobas auf die Rückgabe seiner Naturwerte und auf die sofortige Uebertragung der Schulländereien sowie auf die Regelung der Schullandgelder an ein Schiedsgericht übertragen werden, über dessen Zusammensetzung die beiden Regierungen sich einig geworden sind. Während diese Angelegenheit schwebt, beabsichtigt die Provinzialregierung der Legislatur einen Plan zur Entwicklung der Mineralwerte und der anderen Naturschätze in Manitoba unter Mitwirkung der Dominionregierung zu unterbreiten.

In der Thronrede ist ferner ein Hinweis darauf enthalten, daß die Regierung eine Untersuchung der Ursachen der Arbeitslosigkeit durchzuführen beabsichtigt in der Hoffnung, einen Ausgleich in der Entwicklung des Wirtschaftslebens der Provinz zu erzielen.

Bezug genommen wurde auf die Entsendung einer Kommission nach Dänemark, Holland und Irland, um die Vermarktungsmethoden jener Länder zu studieren, welche den canadischen Produkten auf dem britischen Markt Konkurrenz machen.

Die Regierung betont schließlich wiederum, daß sie eine baldige Vollendung der Hudson Bay-Bahn erwartet. Die noch nicht besiedelten Ländereien sollen während des Sommers besichtigt werden, damit über ihre Möglichkeiten genaue Angaben verbreitet werden können.

Kampf gegen das Verbrechertum in Rußland

Moskau, 7. Febr. — Vier Banditen, Mitglieder einer unter dem Namen „Erdrosseler-Korps" bekannten Bande, der 18 Mordtaten in Moskau und Umgebung zugeschrieben werden, wurden zum Tode verurteilt. Fünf andere, darunter vier Frauen, erhielten je zehn Jahre Zuchthaus. Das jüngste Verbrechen war die Ermordung eines 13jährigen Mädchens, das sich auf dem Wege zur Kirche befand. „Wir töteten sie wegen ihrer weißen Kleider und ihrer Schuhe," erklärte die Gattin des Anführers kaltblütig.

Fünfhundert deutsche Familien vertrieben

Wien, 4. Febr. — Die Komission für Südtirol forderte alle Deutschen in Oesterreich auf, gegen eine angebliche italienische Verfügung zu protestieren, welche 500 deutsche Familien aus Bozen ausweist und durch italienische Familien ersetzt.

Scheinbares britisches Nachgeben in China

Amerikaner und Japaner senden Truppen

Neue Kämpfe zwischen Süd- und Nordarmee.

London, 4. Febr. — Großbritannien ist heute zur Bewilligung der Forderung der chinesischen Nationalisten bereit, daß die Zusammenziehung britischer Streitkräfte in Schanghai aufhört, unter der Voraussetzung, daß der Schutz ausländischer Bürger gewährleistet wird. Die britischen Truppen sollen nach Hongkong, einem britischen Hafen, 853 Meilen von Schanghai, verlegt werden. Liberale empfahlen auch die Entfernung von zwei indischen Bataillonen, die jetzt in Schanghai sind.

Das Kabinett, das unter Führung von Premier Baldwin und Auslandsminister Chamberlain bis spät nachts in Sitzung war, entwarf neue Anweisungen für Geschäftsträger O'Malley in Hankau.

Amerikanische Marinetruppen auf dem Wege nach China.

San Diego, 3. Febr. — Mit 1200 Offizieren und Mannschaften des 4. Marinekorpsregiments an Bord fuhr heute Nachmittag 1 Uhr das Truppentransportschiff „Chaumont" von hier ab. Das genaue Ziel der Fahrt ist nicht bekannt, doch glaubt man, daß es Guam ist. Die Fahrt erfolgt über Honolulu. Die Einschiffung war vier Stunden früher als erwartet vollendet.

Japaner schicken Truppen.

Tokio, 5. Febr. — Die Admiralität wies heute 300 Seesoldaten an, sich auf einem Kreuzer und vier Zerstörern nach Sasebo einzuschiffen, dem Hafen an der Westküste der Insel Kiushiu. Von dort aus können die Schiffe nach Schanghai fahren.

Italienische Note.

Rom, 4. Febr. — Italien sandte an China eine Note, die sich im wesentlichen mit der britischen Note deckt. Das Schriftstück wahrt das Recht der Mächte zum Schutze ihrer Interessen in der ganzen chinesischen Republik.

Neue Kämpfe zwischen der südlichen und nördlichen Armee.

Schanghai, 5. Febr. — Nördliche und südliche chinesische Streitkräfte setzen heute den Kampf fort, welcher das Schicksal der fernöstlichen Republik entscheiden kann. Von der Front in Henchow, wo Marschall Sun Chuan-Fangs Truppen diese Metropole gegen die vordringenden Kantonesen verteidigen, kam keine weitere Kunde. Suns Armee sandte gestern 500 Verwundete in Hospitäler zurück. Dies war der erste Beweis von den Kämpfen um die Beherrschung von Schanghai und des Yangtse als der reichsten Gegend in China. Ausländische Mächte senden Truppen und Schiffe gegen die Stadt.

Die Kantonesen suchen vermutlich Schanghai Marschall Sun zu entreißen, bevor ausländische Mächte Gelegenheit zur Landung von Truppen haben und neue Verwicklungen durch Schritte herbeiführen, um die internationale Siedelung zu schützen.

Das Gefecht, in welchem die Soldaten verwundet wurden, ist nach Parteigängern der Kantonesen ein Vorspiel zum Zusammenbruch der Verteidigung von Schanghai. Parteigänger von Marschall Sun erklären aber, er sei noch keineswegs geschlagen und es werde schwer halten, nach Schanghai zu kommen. Die Front ist nur 150 Meilen von Schanghai entfernt.

Straßenkämpfe in Wien

Wien, 7. Februar. — Schwere Kämpfe, die viele Verwundungen und Verhaftungen im Gefolge hatten, fanden vor dem Parlamentsgebäude und dem Rathause zwischen Sozialisten und nationalistischen Universitätsstudenten statt. Die Sozialisten behaupten, daß ein Student einen Arbeiter geschossen habe.

Die Sozialisten protestierten gleichzeitig gegen das Bestehen eines nationalistischen Schießstandes in einem Universitätsgebäude, wo die Studenten Schießübungen abhalten, und gegen die angebliche ungleiche Behandlung ärmerer Studenten der Universität.

Deutsche Sprache im Elsaß unentbehrlich

Soll in Verwaltung, Schule und vor Gericht gebraucht werden

Abordnung unterbreitet Poincare entsprechende Forderungen.

Paris, 7. Februar. — Der seit Jahren andauernde Kampf der Elsässer um eine zweisprachige Verwaltung ist in ein neues Stadium getreten. Die Kammerabgeordneten des Elsasses haben sich, dem Wunsch ihrer Wähler entsprechend, zusammengeschart und einen Ausschuß aus ihrer Mitte ernannt, dem die Aufgabe gestellt wurde, die Angelegenheit der Regierung vorzutragen.

Dieser Ausschuß hat nunmehr den Premier Poincare aufgesucht und ihm nahegelegt, daß es absolut zwecklos sei, die Verwaltung des Gebiets ausschließlich in der französischen Sprache führen zu wollen. Dadurch werde nur Verwirrung und Unzufriedenheit unter der Bevölkerung angerichtet. Man dürfe sich der Tatsache nicht verschließen, daß der weitaus größte Teil der Bevölkerung ausschließlich die deutsche Sprache spreche und Französisch so gut wie garnicht verstehe.

Dieses treffe besonders auf die Rechtspflege zu. Tatsache sei, daß viele Richter selbst des Französischen nicht mächtig seien, und jene Richter, die tatsächlich im Gericht französisch sprechen, würden von den Leuten nicht verstanden.

An eine Lösung dieses Sprachenproblems sei überhaupt nur zu denken, wenn der Gebrauch beider Sprachen in allen Verwaltungs-Departements gestattet würde, bei gleichzeitiger Veröffentlichung aller öffentlichen Dokumente und Bekanntmachungen sowohl in Französisch wie auch in Deutsch. Die Kammerabgeordneten gingen noch weiter und legten dem Premier nahe, es würde sich empfehlen, in den Schulen beide Sprachen gleichzeitig zu lehren. Tatsache sei jedenfalls, daß den Kindern das Französische leichter durch Heranziehung des Deutschen beigebracht werden könne, das ja ihre Muttersprache sei.

Poincare folgte den Ausführungen der Kammerabgeordneten mit größtem Interesse und versprach, die Angelegenheit unter Beratung nehmen zu wollen.

Erster amerikanischer Gesandter in Ottawa

Washington, 1. Februar. — Das amerikanische Staatsamt kündigt die Ernennung neuer diplomatischer Vertreter für Argentinien, Canada und den irischen Freistaat an. William Phillips aus Boston, Botschafter in Brüssel, ist zum ersten amerikanischen Gesandten in Ottawa ernannt worden.

Kommunistenangst vor dem Exkaiser

Berlin, 7. Febr. — Die Kommunisten reichten im preußischen Landtage eine Interpellation ein, in der sie die Frage stellten, ob der preußische Staat vorbereitet sei, allen möglichen Einfluß bei der Reichsregierung geltend zu machen, um die Rückkehr des „Wilhelm Hohenzollern" aus seinem Zufluchtsorte in Doorn, Holland, nach Deutschland zu verhindern.

Für den Fall, daß das Reichskabinett eine solche Rückkehr begünstige, fordert die Interpellation, daß auf alle Fälle Maßnahmen getroffen werden, um die Rückkehr des früheren Kaisers auf preußischen Boden zu verhindern.

Schnell unterdrückter Aufstand

Lissabon, 4. Febr. — Die Revolutionäre der Garnison Oporto, die sich gestern gegen den Präsidenten Caranona erhoben, ergaben sich den Regierungstruppen. Berichten zufolge unterwarfen sich die Rebellen den Loyalisten unter Führung des Kriegsministers. Die Revolutionäre leitete General Dias, der hauptsächlich von bewaffneten Zivilisten unterstützt war. Nach Depeschen kam kein bedeutender Kampf vor.

Ein Generalstreik wurde auf den Staatsbahnen im südlichen und südöstlichen Portugal erklärt. Die Regierung trifft Maßnahmen, um eine Lahmlegung des Verkehrs zu verhüten.

Schutz der deutschen Künstler

Berlin, 5. Febr. — Um bildende Künstler, Dichter und Musiker von allgemein anerkannter Bedeutung, die sich bei vorgerücktem Lebensalter in schwieriger wirtschaftlicher Lage befinden, vor äußerster Not zu schützen und ihnen damit ein Zeichen des Dankes und der Anerkennung des Staates zu geben, hat der preußische Kultusminister Dr. Becker mit Unterstützung der Finanzverwaltung den „Staatlichen Ehrensold" geschaffen.

Der Ehrensold wird zunächst jährlich 2000 Mark für die Person betragen und auf Grund von Vorschlägen der Preußischen Akademie der Künste vom Kultusminister an eine beschränkte Zahl hervorragender bildender Künstler, Dichter und Musiker verliehen werden.

Das neue deutsche Regierungsprogramm

Republikanisch, christlich und national

Starke Reichstagsmehrheit gewährt der Regierung ein Vertrauensvotum.

Berlin, 5. Febr. — Die von Kanzler Marx abgegebene Regierungserklärung (auf die wir auf Seite 2 schon kurz hingewiesen haben) betonte zunächst die Treue der neuen Regierung gegenüber der republikanischen Staatsform, was besonders bemerkenswert ist, weil zur jetzigen Marx-Koalition auch die Deutschnationalen gehören, welche bisher als die Vertreter der monarchischen Staatsform galten.

„Das Kabinett erklärt sich einstimmig dafür," sagte der Kanzler, „daß die Grundlage seiner Politik die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der republikanischen Staatsform ist, wie sie in der Weimarer Verfassung niedergelegt ist. Dies stimmt mit einem Briefe überein, den Präsident von Hindenburg an mich gerichtet hat.

„Es ist der einmütige Wille der Reichsregierung, unserer Konstitution, einschließlich ihrer Farben, Schutz, Ehre und Achtung zu gewährleisten. Jeder Versuch, sie zu ändern, sei es durch Gewalt oder andere ungesetzliche Mittel, wird als Verrat angesehen werden."

Nachdem er erklärte, daß Beamten verboten sei, in Organisationen einzutreten, deren Ziel der Sturz der jetzigen Regierungsform ist, fuhr er fort:

„Die Verteidigung der Weimarer Verfassung schließt nicht eine ehrfürchtige Achtung der großen Vergangenheit Deutschlands aus. Die Vergangenheit und ihre Denkmale müssen deshalb auch geachtet werden."

Indem er auf die Tatsache hinweist, daß Deutschlands Kultur auf einer christlichen Grundlage ruhe, sagte er in der Erklärung weiter, daß dem Reichstage ein Schulgesetz unterbreitet werden würde, durch das „der Religionsunterricht gesichert werden wird im Einklang mit den Prinzipien der verschiedenen Religionsgemeinschaften, und das zugleich den Staaten das Recht verleiht, diesen Unterricht zu überwachen."

Nachdem die Erklärung mehrere innere Reformen angedeutet hat, wendet sie sich der Reichswehr zu und sagt:

„Die Regierung wird der Verteidigungsarmee ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Sie wird sich vor allem bemühen, das Zutrauen aller Richtungen für die Reichswehr zu erlangen. Die Armee muß aus dem politischen Kampfe herausgehoben werden — jede Verbindung mit politischen oder ähnlichen Organisationen muß gelöst werden."

Präsident v. Hindenburgs Verordnung bezüglich der ungesetzlichen Bewaffnung muß streng befolgt werden, fügt sie hinzu. Bezüglich der wichtigen Frage der Außenpolitik heißt es in dem Programm:

„Auf keinem Gebiete ist das Festhalten am Ziele eine solche Notwendigkeit, wenn die Bestrebungen Früchte zeitigen sollen, wie auf dem Gebiete der Außenpolitik. Eine derartige Beständigkeit bildet die Grundlage des internationalen Vertrauens. Deutschland würde seine Schwierigkeiten unendlich vergrößern, wenn die organische Entwicklung seiner Beziehungen zu anderen Nationen durch innerpolitische Aenderungen behindert würde.

„Es ist deshalb selbstverständlich, daß die Regierung ihre Außenpolitik auf dem Wege des gegenseitigen Einvernehmens fortsetzen wird. Die seit dem Ende des Krieges verfolgte Politik, die zum Dawes-Abkommen, den Locarno-Verträgen und unserem Eintritt in den Völkerbund führte, ist durch den Verzicht auf jeglichen Rachegedanken charakterisiert. Ihre Tendenz ist auf gegenseitiges Einvernehmen gerichtet."

Als Beweis, daß die Politik unverändert bleiben werde, wies Kanzler Marx auf die Tatsache hin, daß sowohl er wie Außenminister Stresemann, in den Aemtern verblieben seien, die sie bisher hielten. Was würden sie nicht getan haben, sagte er, wenn die übrigen Mitglieder des Kabinetts ihnen nicht die Zusicherung ihrer persönlichen Unterstützung, sowie diejenige der Parteien, die die Koalition stützen, gegeben hätten.

Wenn man auch Befriedigung darüber aussprechen kann, daß die Ruhr- und die nördliche Rheinland-

(Fortsetzung auf Seite 5)